

1 Einleitung

Was wäre gewesen, wenn ...? Kontrafaktische Überlegungen sind müßig, bleibt ihre Aussagekraft angesichts der Vielzahl der Wege, die die Geschichte zu gehen vermag, doch begrenzt. Es hätte sich so, aber eben auch anders entwickeln können. Und dennoch sind sie reizvoll, vermitteln sie doch eine Vorstellung davon, welche Folgen Ereignisse und Entscheidungen hätten haben können. Am 16. Januar 1979 verließ Mohammed Reza Schah Pahlavi Iran. Die Revolution hatte nach einem Jahr der Proteste und Unruhen schließlich gesiegt. Hätte der Sturz des Schahs ein Jahrzehnt später, im Januar 1989, stattgefunden und wären die Projekte, die zwischen der Bundesregierung in Bonn und der iranischen Führung nach der Ölkrise 1973/74 vereinbart worden waren oder über die zumindest grundsätzlich Einverständnis erzielt worden war, Realität geworden, so hätte das iranische Heer im Jahr 1989 über 2.000 *Leopard 2*-Kampfpanzer und die iranische Marine über sechs U-Boote und vier Fregatten modernster deutscher Bauart verfügt. Sechs Atomkraftwerke der *Siemens-Tochter Kraftwerk Union (KWU)* wären errichtet oder im Bau gewesen; ebenso eine Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte atomare Brennstäbe, bei deren Betrieb Plutonium – Spaltmaterial für eine Atombombe – separiert worden wäre. Eine deutsch-iranische Raffinerie in Buschehr am Persischen Golf hätte jährlich 25 Millionen Tonnen Ölprodukte für den deutschen Markt produziert. Im Rahmen eines Dreiecksgeschäfts hätte Iran über eine Pipeline nach Astana jährlich 13 Milliarden Kubikmeter Erdgas in die Sowjetunion geliefert, während die sowjetische Regierung 10 Milliarden Kubikmeter in die Bundesrepublik geleitet hätte.

Einer neuen iranischen Führung im Jahr 1989 wäre mit den Fregatten und den U-Booten ein Instrument in die Hände gefallen, mit dem potentiell die Straße von Hormus zu sperren gewesen wäre. Mit den abgebrannten Brennstäben aus den Atomkraftwerken in Kombination mit der Wiederaufbereitungsanlage hätte das neue Regime den Schlüssel zur Atombombe in den Händen gehalten. Und die Bundesregierung des Jahres 1989 hätte angesichts der Größenordnung der Öl- und Gaslieferungen nur hoffen können, dass die neuen Machthaber den Lieferverpflichtungen nachgekommen wären. Ein irakisch-iranischer Krieg, der nicht im Jahr 1980, sondern im Jahr 1990 ausgebrochen wäre, hätte die Bonner Regierung vor größte Probleme gestellt.

Eine Position weitgehender Neutralität wäre nur mit größten Schwierigkeiten einzunehmen gewesen.

Keines der genannten deutsch-iranischen Großprojekte kam schließlich zu einem Abschluss. Einige zerschlugen sich bereits vor der Revolution, andere danach. Die kontrafaktische Vorstellung einer Iranischen Revolution im Jahr 1989 verdeutlicht jedoch, welche Intensität und welches Potential die deutsch-iranischen Beziehungen bis zum Sturz des Schah-Regimes 1979 hatten. Und gleichzeitig zeigt sie, welche Risiken den von der Bundesregierung betriebenen Projekten innewohnten.

Fragestellung

Die Ölkrise 1973/74 ließ die Bedeutung Irans als Wirtschaftsnation schlagartig ansteigen. Sowohl als Erdölproduzent wie auch als Absatzmarkt für Exportgüter gewann das Land erheblich an politischem und ökonomischem Gewicht. Irans besondere Bedeutung als Ölproduzent leitete sich dabei aus dem doppelten Charakter der Ölkrise ab, der für die Ölimporteure auf der einen Seite in der enormen Verteuerung des Rohstoffes durch die Preiserhöhungen der *Organization of the Petroleum Exporting Countries* (OPEC) und auf der anderen Seite in der grundsätzlichen Versorgungsunsicherheit nach dem arabischen Ölembargo bestand. Der Schah und seine Führung waren zwar „Preisfalken“ innerhalb der OPEC, beim Ölembargo der arabischen Staaten hatte Iran aber abseits gestanden. Teheran war also einerseits maßgeblich mitverantwortlich für den Preisanstieg, dafür bot es andererseits eine verlässliche Versorgung. Gleichzeitig machte der enorme Kapitalzufluss Iran zu einem finanzkräftigen Wirtschaftspartner, der aufgrund seiner im Vergleich zu den arabischen OPEC-Staaten hohen Bevölkerungszahl ein vielversprechender Markt für Konsumgüter und dank der ehrgeizigen Industrialisierungs-, Modernisierungs- und Aufrüstungspläne des Schahs ein ebenso vielversprechender Absatzmarkt für Investitions- und Rüstungsgüter war.

In der Bundesrepublik stand durch die Ölkrise die sozial-liberale Koalition, zunächst unter Bundeskanzler Willy Brandt, ab Mai 1974 unter Bundeskanzler Helmut Schmidt, unter verstärktem Druck, die deutsche Energieversorgung zu sichern. Überdies musste die Bundesregierung Lösungen im Hinblick auf die wirtschaftlichen Verwerfungen – niedrige bzw. rückläufige Wachstumsraten, Inflation, Strukturwandel in der Industrie, Massenarbeitslosigkeit, Haushaltsdefizit und die Belastung des Sozialstaates – finden, die aus der Ölpreisexplosion folgten bzw. durch sie weiter an Dynamik gewannen. Iran konnte aus Sicht der Bundesregierung in beiderlei Hinsicht Teil einer Lösung sein: als sichere Versorgungsquelle für Erdöl und als Absatzmarkt für deutsche Produkte.

Die vorliegende Arbeit untersucht vor diesem Hintergrund die außenwirtschaftlichen Strategien der Bundesregierung in den bilateralen Beziehungen zu Iran. Dabei sollen insbesondere die Entstehung, Formulierung und Umsetzung dieser Strategien

in den Blick genommen werden. Zu analysieren ist hierbei, welche Motive den Strategien der Bundesregierung jeweils zugrunde lagen, welche Ziele im Einzelnen verfolgt wurden und welche Mittel dabei zum Einsatz kamen. Bei der Untersuchung der außenwirtschaftlichen Strategien werden die das Handeln der Bundesregierung bestimmenden Rahmenbedingungen und Bedingungsfaktoren auf nationaler, bilateraler sowie internationaler Ebene in besonderem Maße berücksichtigt.

Außenwirtschaftspolitik ist „eine der Nahtstellen, die die Innen- mit der Außenpolitik verknüpft“¹. In ihr berühren sich die nationale und die internationale Ebene. „Innenpolitik“ und „Außenpolitik“ sowie „nationale“ und „internationale Ebene“ sind dabei Oberbegriffe für eine Reihe von Politikfeldern, die hier jeweils zu subsumieren sind. Außenwirtschaftspolitik lässt sich verbildlichen als die Verbindungsstelle der beiden Kolben einer Sanduhr. Politikfelder auf internationaler Ebene, die an dieser Verbindungsstelle wirksam werden können, reichen von internationaler Handels- und Währungspolitik über die Nonproliferations- bis hin zu globaler Umweltpolitik. Auf nationaler Ebene fließen ein (bzw. können einfließen): Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Strukturpolitik, Energiepolitik, Rüstungs- und Verteidigungspolitik, aber auch Parteipolitik und andere. Die verschiedenen internationalen wie nationalen Politikfelder sind dabei gleichermaßen Wirk- und Bedingungsfaktoren. Ob und in welchem Maße die verschiedenen Felder auf die imaginierte Verbindungsstelle einwirken, ist dabei stetigen Veränderungen unterworfen. Zum Verständnis der außenwirtschaftlichen Strategien der Bundesregierung gegenüber Iran ist es folglich entscheidend, die verschiedenen Politikfelder an dieser Verbindungsstelle zu identifizieren und ihre jeweilige Wirkung zu bestimmen.

Im Zentrum der Arbeit steht die Regierungsebene – und hier insbesondere die Betrachtung der primär mit der Außenwirtschaftspolitik befassten Ressorts: des Auswärtigen Amtes (AA), des Bundesministeriums für Wirtschaft (BMWi) sowie des Bundeskanzleramtes. Maßgeblich in diesem Dreieck entstand die Außenwirtschaftspolitik der Bundesregierung gegenüber Iran. Ein besonderes Augenmerk wird in dieser Untersuchung auf der allgemeinen Energiepolitik der Bundesregierung liegen, nahmen der Import von Energieträgern sowie der Export von Nukleartechnologie doch einen besonderen Stellenwert in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ein.

Da Außenwirtschaftspolitik nicht nur eine Schnittstelle verschiedener Politikfelder ist, sondern auch (und insbesondere) von Politik und Wirtschaft, genauer von Politik und den einzelnen Unternehmen und Unternehmensverbänden, ist zum Verständnis der Wirtschaftsbeziehungen zu Iran ebenso die Betrachtung der Zusammenarbeit der Bundesregierung bzw. ihrer einzelnen Ministerien mit den jeweiligen Wirtschaftsvertretern nötig. Das Who's who der deutschen Wirtschaft war in den 1970er-Jahren in

¹ Wurm, Clemens A.: Industrielle Interessenpolitik und Staat: Internationale Kartelle in der britischen Außen- und Wirtschaftspolitik während der Zwischenkriegszeit. Berlin und New York 1988, S. 5.

Iran aktiv bzw. versuchte Zugang zum iranischen Markt zu bekommen: auf dem Feld der Energiepolitik u. a. *Ruhrgas*, *VEBA* (*Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG*), *Gelsenberg* (*Gelsenkirchener Bergwerks-AG*), auf dem industriellen Sektor u. a. *Krupp*, *Thyssen*, *Siemens* und *Kraftwerk Union*, *Daimler-Benz*, im Bereich der chemisch-pharmazeutischen Industrie u. a. *Bayer*, *BASF* und *Hoechst* und auf dem Rüstungssektor u. a. *Rheinmetall*, *Krauss-Maffei*, *Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW)*, *Rhein Stahl Nordseewerke (RNSW)*, *Bremer Vulkan* und *Fritz Werner*. Die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den Unternehmen unterschied sich dabei gravierend nach den einzelnen Sektoren, war aber auch von Unternehmen zu Unternehmen und von Fall zu Fall unterschiedlich. Projekte auf dem Energiesektor erforderten eine besonders enge Abstimmung, waren sie doch auf iranischer Seite staatliche Projekte und gleichzeitig Kernanliegen der Bundesregierung. Ähnlich verhielt es sich mit den Rüstungsexportvorhaben. Ohne die Genehmigung und – abhängig vom jeweiligen Exportvorhaben – ohne aktive Unterstützung Bonns war kein Verkauf an die iranische Regierung möglich. Bei anderen Exportvorhaben war eine Koordinierung zwischen Regierung und Unternehmen fallweise notwendig. So steht bei der vorliegenden Arbeit im Zentrum der Untersuchung auf dieser Ebene erstens, wie und in welchem Maße die Unternehmen ihre Interessen in die Formulierung der Iran-Politik der Bundesregierung einbrachten, und zweitens, wie daraus konkretes Regierungshandeln wurde bzw. wie dieses beeinflusst wurde.

Auf innenpolitischer Ebene können weitere Akteure Einfluss auf die Ausgestaltung der Außenwirtschaftspolitik nehmen. Während dies üblicherweise ein überschaubarer Kreis bestehend aus u. a. den Fachpolitikern im Bundestag, Wirtschaftsgruppierungen in den Parteien, Verbänden, Unternehmen oder auch den Wirtschaftsredaktionen in den Medien ist, vergrößert sich der Akteurskreis bei richtungsweisenden Vorhaben oder in wirtschaftlichen Krisenzeiten. Im Wirtschaftsaustausch mit Diktaturen melden sich zudem weitere Akteure zu Wort: Nichtregierungsorganisationen wie *Amnesty International (ai)*, einzelne Arbeitsgruppen in den Bundestagsfraktionen, einzelne Parlamentarier und weitere Ressorts in den Medien.

Schon vor dem Staatsbesuch des Schahs im Mai/Juni 1967 hatte sich an den Hochschulen und in Teilen der Presse gegenüber dem Herrscher und seinem Regime eine kritische Haltung ausgebreitet. Dies geschah nicht zuletzt aufgrund des Wirkens der iranischen Exilopposition, deren Mitglieder zu Hunderten an deutschen Universitäten studierten. Die Proteste anlässlich des Besuches, die ihren schockierenden Höhepunkt in der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg durch den Polizisten Karl-Heinz Kurras am 2. Juni in Berlin fanden, führten dazu, dass die Ablehnung des Schah-Regimes breite Kreise der deutschen Öffentlichkeit erreichte. Bei der Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zu Iran, insbesondere bei Rüstungsexporten, musste die Bundesregierung daher mit der Gegnerschaft von Medien, der Außerparlamentarischen Opposition, der Exilopposition, aber auch von Politikern aus den eigenen Reihen rechnen. Inwieweit die Bundesregierung in ihrer Ausgestaltung der Beziehungen

diese Gegnerschaft einbezog, wo und wann Kritik und antizipierte Kritik dem Regierungshandeln Grenzen setzten, aber auch wo und wann, aus welchen Gründen und mit welchen Mitteln sich die Bundesregierung darüber hinwegsetzte, ist der Untersuchungsgegenstand auf dieser Ebene.

Auf bilateraler Ebene bildete die komplementäre Wirtschaftsstruktur der beiden Staaten – auf der einen Seite eine Industrienation auf der Suche nach Absatzmärkten für ihre Industrie- und Konsumgüter und nach einer sicheren Energieversorgung, auf der anderen Seite ein Schwellenland mit ambitionierten Modernisierungs- und Industrialisierungsplänen – grundsätzlich eine vielversprechende Basis für enge Wirtschaftsbeziehungen. Dem gegenüber standen jedoch vollkommen unterschiedliche Wirtschafts- und Regierungssysteme. Iran unter dem Schah war eine Entwicklungsdiktatur, in der der öffentliche Sektor und Staatsunternehmen das Wirtschaftsleben dominierten. Hierarchische und zugleich intransparente Entscheidungsstrukturen, Korruption und fehlende Rechtssicherheit erschwerten den deutschen Unternehmen den Zugang zum iranischen Markt. Da wirtschaftliche und politische Entscheidungsmacht in der iranischen Diktatur zusammenfielen, wurden Aufträge nicht unbedingt nach wirtschaftlichen Kriterien, sondern auch nach übergeordneten (außen-)politischen Erwägungen erteilt. Deutsche Unternehmen waren deshalb häufig auf die Hilfe ihrer Regierung angewiesen. Wie die Bundesregierung die Unternehmen unter diesen Bedingungen unterstützte, worin ihre Möglichkeiten und ihre Grenzen bestanden, ist ein wesentlicher Bestandteil der Untersuchung.

Beim Zugang zu den iranischen Ressourcen und zum iranischen Absatzmarkt befand sich die Bundesrepublik in scharfer Konkurrenz mit anderen westlichen Industrienationen. Während die Interessenlage der Staaten häufig ähnlich war – die Sicherung der eigenen Energieversorgung und die Stützung der heimischen Wirtschaft durch Exporte –, unterschied sich die Ausgangslage vielfältig. Dies konnte u. a. auf der Ebene der Unternehmen sein – so verfügte die Bundesrepublik beispielsweise nicht über eine große internationale Ölgesellschaft, die sie in Iran für ihre Ölinteressen einzusetzen vermochte –, konnte aber auch in Faktoren unabhängig von der Wirtschaft – etwa der Stellung der USA als des engsten sicherheitspolitischen Partners von Iran – begründet sein. Die internationale Konkurrenzsituation und der Umgang der Bundesregierung damit sind folglich ein zentraler Aspekt der wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik zu Iran. Zu untersuchen ist dabei nicht nur, auf welchen Feldern und durch wen der Bundesrepublik Konkurrenz erwuchs, sondern insbesondere auch mit welchen Strategien, Mitteln, Konzessionen, aber auch unter Eingehen welcher Risiken sich die Bundesregierung durchzusetzen versuchte. Den Umwälzungen auf dem Ölmarkt, aus denen für die Industrienationen Preissteigerungen und Versorgungunsicherheit, für die Förderländer Macht- und Kapitalgewinn folgten, ist als auslösender Faktor der verschärften Konkurrenz der Industrienationen um den Zugang zu Iran auf internationaler Ebene hierbei besondere Beachtung zu schenken.

Zum internationalen Wirk- und Bedingungs Umfeld der deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu Iran gehörte auch die Konfrontation der Blöcke im Kalten Krieg: Iran war mit seiner langen Grenze zur Sowjetunion und seiner Anbindung an den Westen Frontstaat in diesem Konflikt. Gleichzeitig war das Land die militärische Vormacht im Mittleren Osten, in dem die Ost-West-Konfrontation über Stellvertreter ausgefochten wurde, dessen Stabilität aber ebenso durch den israelisch-arabischen und den iranisch-arabischen Gegensatz sowie die innerarabischen Gegensätze bedroht war. Auch Südasien, westlich an Iran grenzend, blieb in den 1970er-Jahren nach dem dritten indisch-pakistanischen Krieg und der Sezession Bangladeschs im Jahr 1971 eine instabile Region. Spannungen, Konflikte und Machtverschiebungen in den beiden Nachbarregionen konnten in unterschiedlicher Weise die Interessen Bonns und Teherans beeinflussen und damit Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeziehungen haben. Solche möglichen Einflüsse gilt es demzufolge bei der Analyse der deutschen Außenwirtschaftspolitik gegenüber Iran im Blick zu haben.

Eine weitere wichtige Frage zur Politik der Bundesregierung wirft schließlich die Iranische Revolution von 1978/79 auf, die zu einem Einbruch des deutsch-iranischen Handels und zum Scheitern zentraler bilateraler Großprojekte führte: Wurde die Weichenstellung der Regierungen Brandt und Schmidt, die Wirtschaftsbeziehungen zu Iran massiv auszubauen, hinsichtlich der verfolgten Ziele, der dabei eingesetzten Mittel und des betriebenen Aufwands sowie übergeordneter politischer Interessen mit entsprechender Umsicht getroffen? Unterzog die Bundesregierung also vor und während des Ausbaus der Wirtschaftsbeziehungen die Stabilität des Schah-Regimes einer substantiellen kritischen Analyse und nahm sie auf dieser Basis eine fundierte Abschätzung des Risikos des deutschen Engagements vor? Nicht zuletzt von der Beantwortung dieser Frage hängt ab, wie die Bonner Iran-Politik in diesen Jahren zu bewerten ist.

Aufbau der Arbeit

Zum tieferen Verständnis der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und der außenwirtschaftlichen Strategien, wie sie die Bundesregierung nach 1972 verfolgte, stellt die vorliegende Arbeit zunächst die deutsch-iranischen Beziehungen nach dem von Protesten und Gewalt überschatteten Besuch des iranischen Kaiserpaars in der Bundesrepublik 1967 bis zur Iran-Reise von Bundeskanzler Willy Brandt 1972 dar (Kapitel 2). Wie gezeigt wird, rückten mit und nach dem Besuch Brandts die deutschen Wirtschafts- und insbesondere die Ölinteressen ins Zentrum der deutschen Iran-Politik.

Ursache hierfür war der Wandel auf dem internationalen Ölmarkt mit seinen gravierenden Auswirkungen auf die Ölversorgung der Bundesrepublik, der im ersten Hauptkapitel (Kapitel 3) eingangs beleuchtet wird. Im Folgenden kann nun aufgezeigt werden, wie vor diesem Hintergrund eine außenwirtschaftliche Strategie der Bundes-

regierung für die Wirtschaftsbeziehungen zu Iran Gestalt annahm, die die Sicherung der deutschen Ölversorgung zum Zweck hatte. Die Genese dieser Strategie, ihre Implementierung und Umsetzung bilden das zentrale Untersuchungsfeld des Kapitels. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Mitteln, die die Bundesregierung im Rahmen der Strategie einsetzte. In diesem Zusammenhang sind auch die Rüstungsverkäufe an Iran in den Blick zu nehmen, die im Verlauf der Umsetzung der Bonner Pläne eine Schlüsselrolle einzunehmen begannen. Zu untersuchen ist außerdem, inwieweit die Bundesregierung bei ihrem Entschluss, die Öl- und Wirtschaftsbeziehungen zu Iran substantiell auszubauen, den Charakter und die Stabilität des Schah-Regimes als Risikofaktor ins Auge fasste.

Als wesentlichem Wirk- und Bedingungsfaktor in den bilateralen Beziehungen kommt der Ölkrise im Winter 1973/74 einschneidende Bedeutung zu. Wie sich die Ölkrise auf die Umsetzung der außenwirtschaftlichen Strategie Bonns auswirkte und inwieweit daraufhin deren Modifikation erfolgte, wird im Weiteren eingehend analysiert. Dargestellt wird schließlich, welche Ergebnisse die Bonner Anstrengungen hatten, die deutsche Ölversorgung mit iranischem Erdöl zu sichern, und welche Faktoren hierfür ausschlaggebend waren.

Im zweiten Hauptkapitel (Kapitel 4) wird herausgearbeitet, dass die Bundesregierung parallel zur Umsetzung dieser ersten außenwirtschaftlichen Strategie eine zweite Strategie zu implementieren begann. Hintergrund hierbei war, dass im Zuge der Ölkrise ein enormer Kapitaltransfer von den Industrieländern in die OPEC-Staaten stattfand, der ab Mitte 1974 seitens der Industrienationen als ein zentrales Problem der globalen Wirtschaft sowie der einzelnen westlichen Volkswirtschaften perzipiert wurde. Es wird gezeigt, dass sich die deutschen Exporte nach Iran – wie auch die in die anderen OPEC-Staaten – in den Jahren nach der Ölkrise erheblich ausweiteten.

Die Hypothese, dass diese Ausweitung nicht allein in der gestiegenen Nachfrage und einer aktiven Angebotspolitik der deutschen Exportindustrie ihre Ursache hatte, sondern dass ihr – zumindest im Fall Irans – eine außenwirtschaftliche Strategie der Bundesregierung zugrunde lag, wird im Folgenden anhand des Bonner Vorgehens beim Export von Nukleartechnologie und Rüstungsgütern nach Iran untersucht. Hierbei wird im Besonderen auf die Mittel eingegangen, die die Bundesregierung bei der zielgerichteten Förderung dieser Exporte einsetzte. Die Analyse der Mittel, der Art und des Ausmaßes ihres Einsatzes sowie der potentiellen negativen Folgewirkungen, die die Bundesregierung dabei in Kauf zu nehmen bereit war, ist ein wesentlicher Bestandteil der Untersuchung, da sich hieraus ein politischer Wille zur Umsetzung dieser außenwirtschaftlichen Strategie ableiten lässt. Auch in diesem Hauptkapitel, das den Zeitraum von Mitte 1974 bis zur Iranischen Revolution 1978/79 umfasst, wird der Frage nachgegangen, inwieweit die Bundesregierung bei der Verfolgung ihrer Pläne die Stabilität der iranischen Monarchie einer kritischen Überprüfung unterzog.

Kapitel 5 nimmt die Iranische Revolution 1978/79 in den Blick und zeichnet nach, wie und ab wann Bonn die revolutionären Entwicklungen in Iran wahrnahm, als sol-

che erkannte und wertete. Untersucht wird dabei, wie die Bundesregierung in dieser Phase des Umbruchs versuchte, ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen zu verfolgen, welche Grenzen ihr dabei gesetzt waren, wie sie das Schah-Regime unterstützte und ab wann sie begann, sich von ihm zu distanzieren. Das Kapitel endet mit einem Epilog, in dem skizziert wird, welchen Schaden die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen als Ganzes sowie die bilateralen Großprojekte im Einzelnen durch die Revolution erlitten.

Im abschließenden Kapitel 6 wird das Fazit der Untersuchung vorgelegt.

Forschungsstand

Die historische Forschung hat sich in den vergangenen Jahren „als gegenwartsnahe Zeitgeschichte“² verstärkt den 1970er- und 1980er-Jahren als dem Zeitraum zugewendet, in dem die Nachkriegszeit in den westlichen Industrienationen zu Ende ging und mit dem und von dem an „sich unsere gegenwärtige Lebenswelt“ formte.³ Weitgehende Übereinstimmung herrscht in der Forschung, dass dem Zusammenbruch der Bretton-Woods-Ordnung und der ersten Ölkrise 1973/74 einschneidende Bedeutung beim Übergang von den Boom-Jahren der Nachkriegszeit zu den „Anfängen der Gegenwart“ in der Bundesrepublik zukommt. Sammelbände dieses Forschungsschwerpunktes wie „Nach dem Boom“ von Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael,⁴ „Das Ende der Zuversicht“, herausgegeben von Konrad H. Jarausch,⁵ „Auf dem Weg in eine neue Moderne?“, herausgegeben von Thomas Raithel, Andreas Rödder und Andreas Wirsching,⁶ „Die Anfänge der Gegenwart“, herausgegeben von Morten Reitmayer und Thomas Schlemmer,⁷ und „Die Vorgeschichte der Gegenwart“, herausgegeben von Anselm Doering-Manteuffel, Lutz Raphael und Thomas Schlemmer,⁸ verweisen zum Teil bereits im Titel auf die Epochenäsur.

2 Doering-Manteuffel, Anselm / Raphael, Lutz: Nach dem Boom. Neue Einsichten und Erklärungsversuche. In: Doering-Manteuffel, Anselm / Raphael, Lutz / Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Die Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom. Göttingen 2016, S. 9–34. S. 9.

3 Bösch, Frank: Geteilt und verbunden. Perspektiven auf die deutsche Geschichte seit den 1970er Jahren. In: ders. (Hrsg.): Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000. Göttingen 2015, S. 7–38. S. 21.

4 Doering-Manteuffel, Anselm / Raphael, Lutz: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970. Göttingen 2008.

5 Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): Das Ende der Zuversicht. Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008.

6 Raithel, Thomas / Rödder, Andreas / Wirsching, Andreas: Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren. München 2009.

7 Reitmayer, Morten / Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom. München 2014.

8 Doering-Manteuffel, Anselm / Raphael, Lutz / Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Die Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom. Göttingen 2016.

Die Forschung hat im Ergebnis einen grundlegenden Wandel in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft konstatiert. Die krisenhafte Wirtschaftsentwicklung in den 1970er-Jahren, geprägt von hohen Inflationsraten, Massenarbeitslosigkeit, Haushaltsdefiziten und – im Vergleich mit den ersten Nachkriegsjahrzehnten – geringen volkswirtschaftlichen Wachstumsraten, dämpfte die zuvor herrschende Planungseuphorie. Die Globalsteuerung der Wirtschaft, basierend auf dem Keynesianismus und in der Wirtschaftskrise 1966/67 noch vermeintlich das „Wundermittel“ der Politik, erwies sich als wirkungslos im Angesicht der Wirtschaftskrise nach dem ersten Ölpreisschock. Der Monetarismus entwickelte sich in der Folge zur dominierenden Wirtschaftstheorie.⁹

Mit der Ölpreiskrise beschleunigte sich der Strukturwandel sowohl innerhalb der Industrie als auch in der Wirtschaft insgesamt. Arbeitsintensive Industriezweige wie die Textil-, Bergbau-, Eisen- und Stahlindustrie verloren massiv, technologisch anspruchsvollere wie die Feinmechanik/Optik, der Fahrzeugbau und die Energiewirtschaft gewannen an Bedeutung.¹⁰ Gleichzeitig stieg das volkswirtschaftliche Gewicht des Dienstleistungssektors. Damit ging ein Wandel des Arbeitsmarktes einher. Sowohl der Dienstleistungssektor als auch die industriellen Wachstumsbranchen hatten mehr und mehr Bedarf an höherqualifizierten Arbeitskräften, glichen damit aber nicht den Abbau von Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte in den klassischen Industriezweigen aus. Ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit und ihre Verfestigung waren die Folge.¹¹

Angesichts von Massenarbeitslosigkeit, Inflation, Wachstumseinbrüchen, Haushaltsdefiziten und der Belastung des Sozialstaates sowie der mit dem Ölembargo offene zutage getretenen internationalen Dependenz und deren (in diesem Fall) negativer Rückwirkung auf die Nation schwand nicht nur das Vertrauen in die Politik, adäquate Lösungen für die Probleme zu finden, sondern das Vertrauen in die Politik an sich.¹² Diskurse wie der über die „Grenzen des Wachstums“ verstärkten die Krisenwahrnehmung in der Bevölkerung. Nichtsdestotrotz lassen sich die 1970er-Jahre nicht auf den Begriff „Krisenjahrzehnt“ reduzieren. Wie Konrad H. Jarausch festhält, war das Jahrzehnt geprägt von einer „Koinzidenz von Krisenrhetorik und Aufbruchsstimmung“.¹³ Alternative und individuelle Lebensentwürfe sowie neue soziale Bewegungen wie die

⁹ Zur Bedeutung der Deutschen Bundesbank bei der Durchsetzung monetaristischer Konzepte siehe Eich, Stefan / Tooze, Adam: *The Great Inflation*. In: Doering-Manteuffel, Anselm / Raphael, Lutz / Schlemmer, Thomas (Hrsg.): *Die Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*. Göttingen 2016, S. 173–196.

¹⁰ Steiner, André: *Die siebziger Jahre als Kristallisationspunkt des wirtschaftlichen Strukturwandels in West und Ost?* In: Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): *Das Ende der Zuversicht. Die siebziger Jahre als Geschichte*. Göttingen 2008, S. 29–48. S. 39.

¹¹ Ebd., S. 41.

¹² Metzler, Gabriele: *Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?* In: Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): *Das Ende der Zuversicht. Die siebziger Jahre als Geschichte*. Göttingen 2008, S. 243–260, S. 256.

¹³ Jarausch, Konrad H.: *Verkannter Strukturwandel. Die siebziger Jahre als Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart*. In: ders. (Hrsg.): *Das Ende der Zuversicht. Die siebziger Jahre als Geschichte*. Göttingen 2008, S. 9–26. S. 15.

Umwelt- und die Frauenbewegung trugen zur Pluralisierung und Liberalisierung der Gesellschaft bei.¹⁴

Die Forschung hat die Umbrüche und den Wandel in diesen Jahren auf breiter Basis untersucht. Wenig Beachtung fand dabei jedoch die Außenwirtschaftspolitik dieser Jahre. Das ist aus mehreren Gründen erstaunlich, da erstens der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und der Ölpreisschock zu Beginn der 1970er-Jahre erhebliche Auswirkungen auf die außenwirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik hatte, zweitens der Strukturwandel in der Industrie nicht zuletzt durch internationale Konkurrenz begründet war und gleichzeitig sowohl im Niedergang als auch im Aufschwung begriffene Industriezweige nach Absatzmärkten suchten und drittens die Exportstärke damals wie heute geradezu ein identitätsstiftendes Element für die Bundesrepublik war, die Außenwirtschaftspolitik daher generell ein naheliegender Untersuchungsgegenstand bei der Feststellung einer Umbruchphase sein müsste.

Die erste Ölkrise hat als eigenständiger Untersuchungsgegenstand – bemerkenswerterweise vor dem Hintergrund der „Nach dem Boom“-Forschung – erst in den letzten Jahren die Aufmerksamkeit der Forschung zur deutschen Zeitgeschichte gefunden.¹⁵ Im Jahr 2014 erschienen Rüdiger Grafts Habilitationsschrift „Öl und Souveränität“¹⁶ wie auch der Sonderband „The Energy Crises of the 1970s“ der Zeitschrift *Historische Sozialforschung*,¹⁷ bei der Graf und Frank Bösch als Herausgeber fungierten.¹⁸ Graf begreift das Ölembargo 1973/74 in seiner Arbeit als Bedrohung der Souveränität der Staaten Westeuropas und der USA und stellt die nationalen wie internationalen (Gegen-)Strategien der Regierungen in Bonn und Washington ins Zentrum seiner Untersuchung. Im Hinblick auf die Bundesregierung arbeitet er heraus, dass sie im Vergleich mit den USA „wesentlich stärker auf die Regulierungsfähigkeit des Mark-

¹⁴ Ebd., S. 14.

¹⁵ Nicht vergessen werden soll hier die Pionierarbeit von Jens Hohensee, der 1996 seine Dissertation „Der erste Ölpreisschock 1973/74: die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa“ veröffentlichte. Aufgrund der Sperrfristen für die Akten der Bundesregierung konnte Hohensee für seine Arbeit allerdings nur auf veröffentlichte Dokumente zurückgreifen. Vgl. Hohensee, Jens: *Der erste Ölpreisschock 1973/74: die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa*. Stuttgart 1996.

¹⁶ Graf, Rüdiger: *Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren*. Berlin/München/Boston 2014. Des Weiteren: Graf, Rüdiger: *Gefährdungen der Energiesicherheit und die Angst vor der Angst. Westliche Industrieländer und das arabische Ölembargo 1973/74*. In: Bormann, Patrick / Freiberger, Thomas / Michel, Judith (Hrsg.): *Angst in den internationalen Beziehungen*. Bonn 2010, S. 227–250.

¹⁷ Graf, Rüdiger / Bösch, Frank (Hrsg.): *Historical Social Research / Historische Sozialforschung (HSR)* 39 (2014), Nr. 4 (150) [Special Issue: *The Energy Crises of the 1970s. Anticipations and Reactions in the Industrialized World*].

¹⁸ 2016 veröffentlichte Graf im Weiteren ein Destillat seiner Habilitationsschrift: *Die Bundesrepublik in der Welt des Öls. Internationale Zusammenhänge der Energie- und Souveränitätspolitik in den 1970er Jahren*. In: Levsen, Sonja / Torp, Cornelius: *Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte*. Göttingen 2016, S. 107–123.

tes“ gesetzt habe.¹⁹ Die einzelnen Aufsätze in „The Energy Crises of the 1970s“ stellen überwiegend die jeweiligen nationalen wie internationalen Strategien der westlichen Industrienationen in Reaktion auf die Gefährdung des Zugangs zum Öl und auf die Verteuerung desselben in den Mittelpunkt. Dabei bilden bilaterale Beziehungen zwischen einzelnen Verbraucherländern auf der einen Seite und einzelnen Förderländern auf der anderen Seite jedoch keinen eigenständigen Untersuchungsgegenstand. Wie fruchtbar ein solcher Ansatz ist, zeigt die einzige Ausnahme: Frank Bösch analysiert in seinem Aufsatz „Energy Diplomacy: West Germany, the Soviet Union and the Oil Crises of the 1970s“²⁰ die energiewirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau und setzt sie in Bezug zur Ostpolitik Willy Brandts.

Trotz dieser Publikationen ist das Thema der deutschen Ölversorgung insgesamt wenig beleuchtet worden. Insbesondere fehlen Darstellungen über die deutsche Ölindustrie, ihre Beziehungen zur Bundesregierung und die Versuche beider, im Ausland eine Versorgungsbasis für die deutsche Ölversorgung zu schaffen. Eine Ausnahme stellt die Monographie „Faktor Öl“²¹ von Rainer Karlsch und Raymond Stokes dar, die die Geschichte der deutschen Ölindustrie von ihren Anfängen im Jahr 1859 an behandelt. Die Untersuchung endet allerdings mit dem Jahr 1974.

Eine Leerstelle in der deutschen Geschichtsschreibung findet sich auch beim Thema Rüstungsexportpolitik. Obwohl die deutschen Rüstungsexporte immer wieder Gegenstand der politischen Kontroverse in der Bundesrepublik waren, spielen sie als zeitgeschichtlicher Forschungsgegenstand nur eine marginale Rolle. Eine Ausnahme stellt der Aufsatz „Waffen aus Deutschland? Bundestag, Rüstungshilfe und Waffenexport 1961–1975“²² von William Glenn Gray dar, in dem der Autor die Entwicklung der deutschen Rüstungsexporte, des Kontrollsystems und der politischen Determinanten herausarbeitet. Die dem Format des Aufsatzes geschuldete Kürze der Untersuchung bringt mit sich, dass dieser Politikbereich mit seinen verschiedenen Dimensionen, zu denen die Außen- und Sicherheitspolitik, die Industrie- und Strukturpolitik, aber auch die Innenpolitik zählen, nicht umfassend dargestellt wird.

Ähnlich verhält es sich bei der deutschen Nuklearexportpolitik, einem wichtigen Feld der deutschen Außenwirtschaftspolitik seit Ende der 1960er-Jahre. Hier ist im Wesentlichen die Studie „Schwellenmacht. Bonns heimliche Atomdiplomatie von Adenauer bis Schmidt“²³ von Stephan Geier zu erwähnen, die, wie es der Titel bereits

19 Graf: Öl und Souveränität (2014), S. 394.

20 Bösch, Frank: „Energy Diplomacy: West Germany, the Soviet Union and the Oil Crises of the 1970s“. In: HSR 39 (2014), Nr. 4 (150), S. 165–185.

21 Karlsch, Rainer / Stokes, Raymond G.: „Faktor Öl“: die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974. München 2003.

22 Gray, William Glenn: Waffen aus Deutschland? Bundestag, Rüstungshilfe und Waffenexport 1961–1975. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 64 (2016), Nr. 2, 2016, S. 327–364.

23 Geier, Stephan: Schwellenmacht. Bonns heimliche Atomdiplomatie von Adenauer bis Schmidt. Paderborn 2013.

zeigt, aber bis in die 1950er-Jahre zurückgeht und sich nicht nur mit den Exportgeschäften, sondern auch mit dem Aufbau der deutschen Atomindustrie an sich beschäftigt. Eine Dissertation von Dennis Romberg, die sich allein mit den deutschen Nuklearexporten in den 1970er-Jahren auseinandersetzt, lag bei Fertigstellung dieser Arbeit noch nicht publiziert vor.²⁴

Als verwunderlich erscheinen muss vor dem Hintergrund der Bedeutung der Ölkrise, die mit einem enormen Macht- und Bedeutungsgewinn der Staaten der *OPEC* – und dabei vornehmlich zugunsten der arabischen Staaten und Iran – einherging, dass die zeitgeschichtliche Forschung die Beziehungen der Bundesrepublik zu diesen Staaten vernachlässigt hat. Bezüglich der arabischen Staaten der *OPEC* stellt die Untersuchung der westdeutsch-libyschen Beziehungen von 1969 bis 1982²⁵ von Tim Szatkowski eine Ausnahme dar; den Ölkrisen von 1973/74 und 1979/80 kommt darin eine zentrale Rolle zu.

Der Forschungsstand zu den Beziehungen zwischen Bonn und Teheran in diesen Jahren ist weniger unbefriedigend. Hinzuweisen ist auf die Doktorarbeit von Bettina Weißgerber, die die deutsche Iran-Politik in den Jahren 1974 bis 1982 untersucht und dabei den Kanzlerwechsel zu Helmut Schmidt und das Ende der sozial-liberalen Koalition als Ausgangs- bzw. Endpunkt ihrer Analyse der bilateralen Beziehungen nimmt. Weißgerbers Arbeit basiert dabei, obwohl die einschlägigen Archive besucht worden sind, auf einer sehr schmalen Quellenbasis.²⁶ Der Politologe Mathias Küntzel veröffentlichte im Jahr 2009 die Monographie „Die Deutschen und Iran: Geschichte und Gegenwart einer verhängnisvollen Freundschaft“.²⁷ Küntzel beschreibt darin die Geschichte der deutsch-iranischen Beziehungen von der Zeit des Nationalsozialismus bis zur jüngsten Vergangenheit, handelt dabei aber die 1970er-Jahre auf knapp fünf Seiten ab. Harald Möller beschäftigte sich mit den Bonner Beziehungen zu Teheran in den 1970er-Jahren im Rahmen von zwei weiter gefassten Studien: In „Waffen für Iran und Irak. Deutsche Rüstungsexporte und ihre Querverbindungen zu den ABC-Waffenprogrammen beider Länder“²⁸ untersucht er vergleichend die Rüstungsexporte der BRD und der DDR nach Iran und Irak vom Beginn der 1960er-Jahre an bis zum Jahr 2003 und stellt überblicksartig auch die Rüstungsexporte Bonns nach Iran in den 1970er-Jahren dar.²⁹ Kurz

24 Romberg, Dennis: *Atomgeschäfte: die Nuklearpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1970–1979*. Paderborn 2020. Der Verfasser dankt Dennis Romberg für die Einsicht in die Iran-Kapitel der Arbeit und die fruchtbare Diskussion des Themas.

25 Szatkowski, Tim: *Gaddafis Libyen und die Bundesrepublik Deutschland 1969–1982*. München 2013.

26 Weißgerber, Bettina: *Die Iranpolitik der Bundesregierung 1974–1982*. München 2019. Weißgerbers Arbeit konnte für die Abgabeverision dieser Arbeit nicht mehr berücksichtigt werden. Die vorliegende Fassung bezieht die Ergebnisse Weißgerbers nun mit ein.

27 Küntzel, Matthias: *Die Deutschen und Iran: Geschichte und Gegenwart einer verhängnisvollen Freundschaft*. Berlin 2009.

28 Möller, Harald: *Waffen für Iran und Irak. Deutsche Rüstungsexporte und ihre Querverbindungen zu den ABC-Waffenprogrammen beider Länder*. Berlin 2006.

29 Ebd., S. 61–64.

behandelt er auch die westdeutsch-iranische Nuklearkooperation in diesen Jahren.³⁰ Für das 2006 erschienene Buch konnte Möller im *Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes* allerdings nur die Aktenbestände bis 1974 einsehen. Nicht hinzugezogen hat er die Bestände des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien im *Bundesarchiv* in Koblenz und des Bundesministeriums der Verteidigung im *Bundesarchiv-Militärarchiv* in Freiburg. Damit fehlen wesentliche Akten zur Einordnung und zum Verständnis der Sachverhalte. Dieses Manko findet sich auch in der zweiten Studie Möllers, „Elitenkontinuität und Politik in der Dritten Welt. Beziehungen von Deutschem Reich und Bundesrepublik Deutschland mit Iran, China/Taiwan und Südafrika (1933–1979/80)“,³¹ die sich wiederum kurz, aber informativ mit den Rüstungs- und Nuklearexporten der Bundesrepublik nach Iran beschäftigt.³²

In den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* untersucht Frank Bösch Bonns Iran-Politik in der Phase des revolutionären Umbruchs in Iran.³³ Besondere Aufmerksamkeit schenkt er dabei den Anstrengungen der deutschen Diplomatie zur Lösung der iranisch-amerikanischen Geisellaffäre. Als ein Fallbeispiel dienen die deutsch-iranischen Beziehungen in Philipp Rocks Analyse der Bedeutung der Menschenrechte in der Außenpolitik der Bundesrepublik in den 1960er- und 1970er-Jahren.³⁴ Des Weiteren untersuchte Navi Motlagh die bildungspolitischen Beziehungen zwischen Bonn und Teheran in dieser Zeit.³⁵ Die deutsch-iranischen Beziehungen – und hier insbesondere die Wahrnehmung Irans im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt – nehmen zudem in der noch nicht publizierten Dissertation von Alexander Konrad über das bundesdeutsche Islambild von den siebziger Jahren bis zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 eine zentrale Rolle ein.³⁶

Quellen

Die vorliegende Arbeit stützt sich auf eine breite Quellenbasis. Im *Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes* wurden die Bestände umfassend ausgewertet. Für die deutsch-iranischen Beziehungen zentral sind die Akten des zuständigen Länderreferats 311

30 Ebd., S. 111–114.

31 Möller, Harald: *Elitenkontinuität und Politik in der Dritten Welt. Beziehungen von Deutschem Reich und Bundesrepublik Deutschland mit Iran, China/Taiwan und Südafrika (1933–1979/80)*. Berlin 2010.

32 Ebd., S. 289–306.

33 Bösch, Frank: Zwischen Schah und Khomeini. Die Bundesrepublik Deutschland und die Islamische Revolution im Iran. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 63 (2015), Nr. 3, S. 319–349.

34 Rock, Philipp: *Macht, Märkte und Moral. Zur Rolle der Menschenrechte in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den sechziger und siebziger Jahren*. Frankfurt am Main 2010.

35 Motlagh, Navab: *Die Zusammenarbeit zwischen dem Iran und Deutschland im Bereich des Bildungswesens und ihre Auswirkung auf die Verbreitung der deutschen Sprache im Iran*. Hamburg 2007.

36 Konrad, Alexander: *Mullahs und Jihad. Muslimgbilder in der Bundesrepublik Deutschland, 1970–2000* (Arbeitstitel). Der Verfasser dankt Alexander Konrad für die fruchtbare Diskussion des Themas.

(Mittlerer Osten) und der Botschaft Teheran. Zum weiteren Verständnis sind die Akten der Referate 405 (Internationale Energiepolitik), 413 (Kernenergiepolitik) und 403 (Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik, Erdölpolitik, Außenhandelsförderung, Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport, Rüstungsexportkontrolle) sowie die Akten der Ministeriumsspitze (Minister, Staatssekretäre, Parlamentarische Staatssekretäre) relevant. Ergänzend wurden die Bestände des Protokolls, des Planungsstabes und der Referate 421 (Wirtschaftsbeziehungen West-Ost), 204 (Länderreferat USA, Großbritannien u. a.), 511 (Strafrecht, Steuer- und Zollrecht) und 630 (Kulturinstitute, deutsch-ausländische Kulturgesellschaften) herangezogen.

Im *Bundesarchiv* in Koblenz wurden maßgeblich die Bestände des Bundesministeriums für Wirtschaft und des Bundeskanzleramtes ausgewertet. Innerhalb der Bestände des BMWi lag der Fokus auf der Abteilung 3 (Energiepolitik und mineralische Rohstoffe) – innerhalb dieser Abteilung insbesondere auf den Referaten III C 2 (Mineralöl, Erdölversorgung, Beziehungen zu den Förderländern) und III B 5 (Kernenergiewirtschaft) – und der Abteilung 5 (Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe) – innerhalb dieser Abteilung auf den für Iran zuständigen Referaten V B 4 (Nahe und Mittlerer Osten u. a., bis 1972) und V B 7 (Erdölfördernde Länder der arabischen Halbinsel, Libyen, Irak und Iran, ab 1972) sowie dem Referat V A 4 (Außenwirtschaftsrecht und Außenwirtschaftsverkehr). Die Akten der Abteilung II (Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, äußere Sicherheit) und die der Abteilung IV (Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik) standen bei den Beständen des Bundeskanzleramtes im Zentrum der Auswertung. In Koblenz wurden darüber hinaus Akten des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT), des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (BMBW), des Bundespräsidialamtes und des Bundespresseamtes für diese Arbeit ausgewertet. Die in Koblenz archivierten Bestände des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und des Bundesnachrichtendienstes (BND) wurden gesichtet, erwiesen sich jedoch als unergiebig.

Das BfV hat nach einem Antrag des Verfassers seine Bestände in Köln überprüft und eine Akte über die iranische Exilopposition in der Bundesrepublik freigegeben. Anfragen im Archiv des BND blieben ergebnislos.

Für die Untersuchung herangezogen wurden auch die Akten des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) im *Bundesarchiv-Militärarchiv* in Freiburg. Insbesondere die Bestände der Hauptabteilung II „Rüstung“ mit ihrer Unterabteilung „Rüstungsbeziehungen zu anderen Ländern“ waren dabei von Interesse.

Herangezogen wurden für diese Arbeit auch die Drucksachen des Deutschen Bundestages in dessen *Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge (DIP)*.

Im Weiteren wurden der Nachlass von Willy Brandt und das *Helmut-Schmidt-Archiv* im *Archiv der sozialen Demokratie* der Friedrich-Ebert-Stiftung für diese Arbeit ausgewertet. Nicht gesichtet werden konnten die Regierungsakten, die Helmut Schmidt nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bundeskanzlers in seinen Privatbesitz

überführte. Eine Anfrage bei der Helmut und Loki Schmidt-Stiftung in Hamburg, die die Akten verwahrt, blieb unbeantwortet. Unter den Stiftungen, die Akten von in diesen Jahren aktiven Politikern verwahren, wurde auch das *Archiv des Liberalismus* der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Gummersbach bezüglich des Nachlasses von Otto Graf Lambsdorff kontaktiert. Akten, die für diese Arbeit relevant sind, finden sich dort jedoch nicht.

Ausgewertet wurden auch die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit in der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU). Um ein tieferes Verständnis für die internationale Ebene bzw. den Einfluss Dritter auf die bilateralen Beziehungen zwischen Bonn und Teheran zu gewinnen, wurden des Weiteren die amerikanischen Regierungsakten im US-Nationalarchiv (*The National Archives at College Park, Maryland*) sowie die britischen Regierungsakten im *Public Record Office (The National Archives)*, London, gesichtet und herangezogen.

Als weitere Quelle dieser Arbeit dienten Pressepublikationen sowie Spezialpublikationen dieser Zeit. In der Pressedokumentation des Deutschen Bundestages wurde diesbezüglich die äußerst umfangreiche Sammlung der Presseartikel zum Thema „Iran“ ausgewertet. Zusätzlich wurden die Online-Archive des Magazins *Der Spiegel* und der Wochenzeitung *Die Zeit* herangezogen. Zum tieferen Verständnis der Entwicklungen auf dem internationalen Ölmarkt und dessen zeitgenössischer Wahrnehmung wurden die entsprechenden Jahrgänge des renommierten *Oil & Gas Journal* ausgewertet, für die spezifisch deutsche Situation die Fachzeitschrift *Energiewirtschaftliche Tagesfragen*. Für den Bereich Rüstung und Rüstungsexport diente das verteidigungswirtschaftliche Informationsblatt *Wehrdienst* als weitere Quelle.

Die Archive von Unternehmen und Unternehmensverbänden wurden für diese Arbeit nicht herangezogen. So lehnte u. a. das *Historische Archiv Krupp* eine Einsichtnahme ab. Die iranischen Regierungsakten in der *National Library & Archives of Iran* wurden ebenso nicht eingesehen. Hier ist anzumerken, dass die vorliegende Arbeit die Perspektive und das Handeln der Bundesregierung ins Zentrum der Untersuchung stellt.

Zusätzlich wurde für diese Arbeit ein Zeitzeugen-Interview mit Hans Friderichs, Bundeswirtschaftsminister von Dezember 1972 bis Oktober 1977, geführt, der die bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Iran maßgeblich prägte.

Abseits der bereits erwähnten Deklassifizierung einer Akte durch das BfV haben auch das Auswärtige Amt, das BMWi und das BMVg auf Antrag des Verfassers Verschlussachen der Geheimhaltungsstufen „VS-vertraulich“ und „geheim“ offengelegt. Der Informationsgehalt dieses Materials – es handelt sich um über einhundert Dokumente – ist kaum hoch genug einzuschätzen.

Vorbemerkungen

Eine Vorbemerkung gilt der Schreibweise iranischer Namen in dieser Arbeit: Das arabische Alphabet, mit dem auch Farsi geschrieben wird, lässt sich nicht eins zu eins in das lateinische Alphabet übertragen. So kann beispielsweise das arabische „س“ als „o“, „u“ oder „ou“ transliteriert werden. Der iranische General Hassan Toufaniaan kann somit in lateinischer Schrift auch als „Tofaniaan“ oder „Tufaniaan“ geschrieben werden. Ein „س“ kann als „i“ – dies ist im deutschen Sprachraum vorherrschend – oder als „y“ – vorherrschend im englischsprachigen Raum – übertragen werden. Der iranische Wirtschaftsminister Ansari kann dementsprechend auch „Ansary“ geschrieben werden. Der Lesbarkeit halber wird in dieser Arbeit die in den deutschen Quellen jeweils am häufigsten genutzte Schreibweise verwendet. Abweichende Schreibweisen in Zitaten werden im Hinblick auf die Authentizität jedoch beibehalten.

Eine zweite Vorbemerkung betrifft die Frage, ob der Landesname „Iran“ *mit* oder *ohne* Artikel verwendet werden soll, ob es also „Iran“ oder „der Iran“ heißen soll. Der Duden legt sich nicht fest.³⁷ In jüngerer Zeit ist im Sprachgebrauch zum Teil, insbesondere im politischen Kontext, eine Tendenz zu der Variante *ohne* Artikel zu beobachten. Diese Variante wird beispielsweise auch vom Fachgebiet Iranistik der Philipps-Universität Marburg empfohlen.³⁸ Sowohl das Auswärtige Amt als auch die Iranische Botschaft in Berlin nutzen heute ebenfalls diese Form. Vor diesem Hintergrund wird in dieser Arbeit der Landesname *ohne* Artikel verwendet. Wie bei der Transliteration des arabischen Alphabets gilt aber auch hier: Die Zitate bleiben im Original, d. h. hier findet sich dann gegebenenfalls auch „der Iran“.

Die dritte Vorbemerkung bezieht sich auf die Verwendung des Adjektivs „deutsch“. Da die DDR in dieser Arbeit nur ganz am Rande in Erscheinung tritt und keine Unklarheiten entstehen, wird anstelle von „bundesdeutsch“ oder „westdeutsch“ der Lesbarkeit und Einfachheit halber das Adjektiv „deutsch“ verwendet, auch wenn allein Sachverhalte mit Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland gemeint sind. Eine Wertung ist mit dieser Festlegung nicht verbunden.

37 Duden: Eintrag „Iran“. Online 2017. Abrufbar unter: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Iran>.

38 Centrum der Nah- und Mittelost-Studien der Philipps-Universität Marburg: Iran – mit oder ohne Artikel? Online ohne Jahresangabe. Abrufbar unter: <https://www.uni-marburg.de/cnms/iranistik/studium/materialien/iranartikel>.